



## **Stellungnahme der Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – FÜR ALLE“**

Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
am 15. September 2021

Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen: Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!  
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/14076

Die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – FÜR ALLE“ und die in ihr zusammenarbeitenden Organisationen stehen für

- ⇒ ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen- ohne Profite!
- ⇒ gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten
- ⇒ die Vollfinanzierung durch das Land NRW- wie gesetzlich vorgegeben
- ⇒ eine wohnortnahe und bedarfsorientierte Versorgung für alle Menschen in NRW und
- ⇒ eine patientenorientierte, barrierefreie und selbsthilfefreundliche Struktur unserer Krankenhäuser.

In dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion finden sich für den Bereich der Krankenhäuser viele unserer Forderungen ganz oder teilweise wieder.

Allerdings sind wir als direkte Betroffene des aktuellen Systems von einer anderen Vorgehensweise zur Problemlösung überzeugt.

Viele der im Antrag dargestellten Probleme sind seit Jahren absehbar gewesen und verschärfen sich weiter. Die Corona- Pandemie hat hier quasi ein Brennglas auf die bereits bestehenden Probleme der Krankenhäuser, der Beschäftigten und der Patient\*innen gelegt.

Aus unserer Sicht bedarf es einer grundlegenden und nicht kleinteiligen Lösung, welche neben der vollständigen Übernahme der Investitionskosten durch das Land NRW vor allem die Abschaffung des jetzigen Fallpauschalen – Systems in der Refinanzierung der Krankenhausleistungen beinhalten muss.

Denn die meisten im Antrag aufgezeigten Defizite sind in der Kombination der fehlenden Baukostenfinanzierung durch das Land NRW und der falschen Profitanreize im DRG-Finanzierungssystem erst entstanden. Wenn Krankenhäuser gezwungen werden Gewinne zu generieren, dann entstehen an vielen Schnittstellen Fehlanreize. Selbstredend müssen Krankenhäuser wirtschaftlich arbeiten. Gewinnorientierung ist aber der falsche Weg.

- ⇒ Investitionen, welche durch das Land nicht zu Verfügung gestellt werden, werden dann über Stellenreduktion und vermehrte teure operative Versorgung und Outsourcing generiert.
- ⇒ Durch unter wirtschaftlichen Aspekten vorgegebene Verweildauern der Patient\*innen im Krankenhaus werden immer häufiger zu frühe Entlassungen vorgenommen, die auch durch die ambulante Nachsorge nicht aufgefangen werden.
- ⇒ Zeit für qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildungen fehlt zusehends.
- ⇒ Die grundlegende Unterwerfung der Versorgung unter ökonomische Anreize und Steuerung hat den Druck auf die Beschäftigten und deren Belastungssituation maximal verstärkt und ist der Hauptmechanismus, der zu dem Fachkräftemangel führt, den wir aktuell erleben.

Der „Überlebensdruck“ der Krankenhäuser hat in den letzten Jahren derart zugenommen, dass kaum noch an den objektiven Bedarfen ausgerichtete Versorgung und übergreifenden Kommunikation über Trägergrenzen hinweg, geschweige denn Kooperation möglich ist.

Um jedoch Qualität, wohnortnähe und bedarfsorientierte Strukturen für alle Patient\*innen zu schaffen, ist es zwingend notwendig, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Auch die aktuelle Neuausrichtung der Krankenhausplanung wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Analyse zu Problemen und Lösungsansätzen für die dramatischen Probleme in den Krankenhäusern unterstützen wir die vorgeschlagenen Offensiven und Zukunftsprogramme, die sich im Antrag der SPD wiederfinden, insbesondere

- ⇒ was die Ablehnung der immer weiter um sich greifenden Outsourcingtendenzen und damit Zersplitterung der Krankenhäuser und ihrer Belegschaften,
  - ⇒ was die Bereiche der klaren Ablehnung von Klinikschließungen als absehbare Auswirkung der neuen Krankenhausplanung im Abschnitt „Zukunftsprogramm „Gute Gesundheit vor Ort – Kein Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft““ und
  - ⇒ was die klare Positionierung zur Erfüllung der Investitionskosten durch das Land NRW und die Ermöglichung von Rekommunalisierung von Krankenhäusern
- ⇒ angeht

Zu vielen der anderen vorgeschlagenen Maßnahmen aus den Versorgungsfeldern außerhalb der Krankenhäuser haben die einzelnen Unterstützerorganisationen der Volksinitiative vielfältige und die Debatte sicherlich bereichernde Positionen und stehen für separate Anfragen als Sachverständige oder Gespräche gerne zur Verfügung.